

19. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der AfD-Fraktion

Berlins Sicherheit nicht gefährden – keine Aufnahme von Flüchtlingen aus Gaza

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. Sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Deutschland keine Flüchtlinge aus dem Gazastreifen aufnimmt.
2. Keine Gaza-Flüchtlinge über berlinspezifische Landesprogramme oder in anderer Art und Weise in Berlin aufzunehmen.

Begründung

Angesichts des Betätigungsverbots für Hamas und Samidoun durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser und damit einhergehender bundesweiter Razzien gegen mutmaßliche Unterstützer der Hamas, mit einem Schwerpunkt in Berlin^{1 2 3}, und der von der EU anerkannten Einstufung der Hamas als terroristische Organisation⁴, zeigt sich eine akute Bedrohungslage durch die Hamas und ihre Sympathisanten. Zusätzlich wird berichtet, dass bereits Menschen aus Gaza auf dem Weg nach Europa und Deutschlands sind⁵ und davon auszugehen ist, dass

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/razzia-samidoun-hamas-100.html>

² <https://www.morgenpost.de/incoming/article240656266/Zahlreiche-Beamte-bei-Razzien-gegen-Hamas-und-Samidoun.html>

³ https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/afxline/topthemen/article248674760/Drei-Wochen-nach-Verbot-Razzien-bei-Hamas-und-Samidoun.html

⁴ <https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/eu-keeps-hamas-on-terror-list-despite-court-ruling>

⁵ <https://www.bild.de/politik/inland/politik/gaza-fluechtlinge-sollen-nach-deutschland-behoerden-schlagen-terror-alarm-86151456.bild.html>

noch sehr viele folgen werden⁶. Dies verstärkt die Bedenken hinsichtlich der Sicherheitslage weiter.

Berlin beherbergt die größte palästinensische Gemeinde Deutschlands, deren Mitgliederzahl laut Medienberichten zwischen 35.000 und 45.000 liegt⁷. Die Integration dieser Menschen stellt bereits eine Herausforderung dar, da viele durch den langanhaltenden Nahostkonflikt radikalisiert sind. Dies wurde auch bei zahlreichen pro-palästinensischen Demonstrationen in Berlin deutlich, bei denen israelfeindliche und antisemitische Parolen gerufen wurden und es zu Gewaltausschreitungen kam^{8 9 10}.

Eine Zunahme der Flüchtlingszahlen aus dem Gazastreifen würde die Lage verschärfen, insbesondere da die Kapazitäten Berlins nahezu ausgeschöpft sind. Notunterkünfte, modulare Unterkünfte für Flüchtlinge, Wohnungen – alle sind restlos überfüllt, es gibt keine Unterkünfte mehr¹¹. Der Senat ist bereits dazu übergegangen, (Luxus-)Hotels für Flüchtlinge anzumieten, welche monatlich mit Unsummen zu Buche schlagen. Dies ist ungerecht gegenüber allen Menschen, die in Berlin mit geringen Einkommen und wenig Rente auskommen müssen und unverständlich in Anbetracht der Obdachlosen.^{12 13}

Zudem besteht die Befürchtung, dass unter den Flüchtlingen auch Unterstützer oder Mitglieder terroristischer Organisationen wie der Hamas sein könnten, was zu einem erhöhten Sicherheitsrisiko führen würde. Dies wurde auch von Jens Spahn (CDU) geäußert, der sich gegen die Aufnahme von Gaza-Flüchtlingen aussprach, wenn schon Ägypten sich Sorge, dass damit Terroristen kämen¹⁴. Weiterhin könnten die Beziehungen Deutschlands zu Israel unter der Aufnahme von als Hamas-Sympathisanten wahrgenommenen Flüchtlingen leiden. Ergänzend ist anzumerken, dass die Hamas bei den Wahlen im Jahr 2006 mit absoluter Mehrheit (76 Sitze gegenüber 43 der Fatah) gewählt wurde, was darauf hindeutet, dass ein großer Anteil der Bevölkerung ihr nicht ablehnend gegenübersteht.¹⁵

Zusätzlich zur Belastung der sozialen, Bildungs- und Gesundheitssysteme wird die Aufnahme von Gaza-Flüchtlingen auch zu einer deutlichen Zunahme von Antisemitismus und den damit verbundenen Gewaltausschreitungen in Berlin führen, was nicht nur die jüdische Gemeinde in Berlin, die bereits häufig Ziel von Anfeindungen und Angriffen ist, weiter gefährdet¹⁶.

⁶ <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/aegypten-fluechtlinge-gaza-deutschland/>

⁷ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/10/berlin-brandenburg-zahlen-fakten-israelis-palaestinenser.html>

⁸ <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/palaestinenser-demonstration-berlin-volksverhetzung--antisemitismus-israel-100.html>

⁹ <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/10/palaestina-demonstrationen-samidoun-antisemitismus-krieg-israel.html>

¹⁰ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article238348429/Judenhass-auf-Berliner-Demo-Links-liberalistische-Grosszuegigkeit-des-Berliner-Senats-muss-ein-Ende-haben.html>

¹¹ <https://www.bz-berlin.de/meinung/kolumne/kolumne-mein-aerger/die-zeltstaedte-werden-berlins-asylproblem-nicht-loesen>

¹² <https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/gunnar-schupelius-senat-mietet-luxushotel-fuer-asylbewerber-86097184.bild.html>

¹³ <https://www.tageskarte.io/hotellerie/detail/berlin-bringt-asylbewerber-in-ex-luxushotel-von-dormero-unter.html>

¹⁴ <https://weltwoche.de/daily/cdu-politiker-jens-spahn-gegen-aufnahme-von-fluechtligen-aus-gaza-wenn-schon-aegypten-sich-sorgt-dass-damit-terroristen-kaemen-sollte-deutschland-erst-recht-nachdenken/>

¹⁵ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/wahlergebnis-in-palaestina-absolute-mehrheit-fuer-hamas-a-397502.html>

¹⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/attacken-juden-deutschland-100.html>

Der Senat wird daher aufgefordert, sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gazastreifen einzusetzen. Dieses Vorgehen ist entscheidend, um die Sicherheit und den Frieden sowohl in Berlin als auch bundesweit zu sichern. Es ist von essentieller Bedeutung, die öffentliche Ordnung zu wahren und ein friedvolles Miteinander in unserer Gesellschaft zu unterstützen. Eine integrierte Sicherheitspolitik Berlins muss darauf abzielen, jegliche zusätzliche Risiken zu minimieren und die Werte des friedlichen Zusammenlebens, die in unserer Stadt hochgehalten werden, zu schützen.

Berlin, den 28. November 2023

Dr. Brinker Gläser Lindemann Dr. Bronson
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion